

Unsere Erfahrungen mit der Zwangsarbeit lassen sich grob in vier Phasen einteilen:



## 1. Phase

Anfang Februar 82 verpflichtete die Stadt etwa 60 Asylbewerber (Kurden, Türken, Tamilen) zur Zwangsarbeit: 4 Stunden täglich für 1.-DM Stundenlohn.

Dagegen bildete sich ziemlich schnell eine Bürgerinitiative, an der einige von uns als Einzelpersonen beteiligt waren. Obwohl damals klar war, daß die Stadt schon immer Sozialhilfe-EmpfängerInnen, wenn auch bis dahin nur sehr vereinzelt, zum Arbeitseinsatz gezwungen hatte, wurde dies nicht thematisiert. Die Zwangsarbeit wurde lediglich eingeschränkt aus der Situation der Asylbewerber heraus kritisiert (Arbeitsverbot für Asylbewerber, Abschreckung). Während die Tamilen überwiegend dem Arbeitseinsatz Folge leisteten, verweigerten die kurdischen und türkischen Genossen nahezu geschlossen die Zwangsarbeit.

Durch verschiedene Aktionen (Infostände, Veranstaltung, Unterschriftenlisten, Go-in beim Stadtdirektor) gelang es uns, politischen Druck auszuüben. Die Antwort der Stadtverwaltung war die Erhöhung der sogenannten Aufwandsentschädigung von 1.- auf 2.-DM und die Ankündigung, im Zuge der Gleichberechtigung in Zukunft verstärkt deutsche Sozi-EmpfängerInnen zu verpflichten.

1983 wurden (laut Angaben der Stadt) 103 Deutsche und 115 Asylbewerber zur Zwangsarbeit verpflichtet, 110 verweigerten den Arbeitseinsatz.

In dieser Situation gelang es aus verschiedenen Gründen nicht, den Druck von 1982 zu reorganisieren und zu verstärken:

- der Widerstand gegen die Zwangsarbeit hatte sich zu sehr auf die juristische Auseinandersetzung verlagert;
- trotz verschiedener Anläufe kamen Tamilen, Kurden und Türken nicht zusammen, um gemeinsam vorzugehen. So konnte die Arbeitsbereitschaft der Tamilen von der Stadt weiterhin propagandistisch genutzt werden, um den Widerstand zu spalten;
- wir hatten 82 deutlich gemacht, daß der Einsatz von Asylbewerbern vor allem auch die Funktion hatte, als Testlauf den Arbeitseinsatz "im großen Stil" vorzubereiten. Praktisch gelang es uns aber nicht, diese Einschätzung zu verbreitern und umzusetzen, um gemeinsam mit allen Sozi-EmpfängerInnen vorzugehen.

## 2.Phase

Die Zwangsarbeit in Witten wird immer weiter ausgedehnt, neue Einsatzorte werden von der Stadt erprobt. In dieser Zeit (83 - 84) gelingt es nicht, Ansätze für gemeinsamen Widerstand dagegen zu diskutieren. Einige nutzen die individuelle Möglichkeit, auf dem Papier ihren Wohnsitz in der Region zu wechseln, da die Zwangsarbeitspraxis im Ruhrgebiet in dieser Zeit in jeder Kommune unterschiedlich gehandhabt wird (z.B. werden Leute, die in Witten Sozialhilfe neu beantragen, während der ersten drei Monate in Ruhe gelassen). Wenn man sich das geschickt einteilte, kam man ganz gut über die Runden. Dies war eine Möglichkeit, die (wie wir später erfahren haben) auch außerhalb der Szene genutzt wurde.

Viele verlassen sich einfach auf die juristische Ebene, legen Widerspruch ein, prozessieren. Das führt immer wieder zu kurzzeitigen individuellen Erfolgen, gleichzeitig entwickelt sich die Praxis der Stadt aber in dieser Zeit auch weiter (z.B. werden die Formulierungen auf den Arbeitsbescheiden ständig erweitert), und Anfang 85 macht das OVG mit einem Urteil auf der rechtlichen Ebene alles "wasserdicht". Konkret sieht das so aus: 2.-DM Stundenlohn, 7-Stundentag, 35-Stundenwoche; Einsatzorte im Grünflächenbereich der Stadt Witten, beim Tiefbauamt und bei der Freizeitgesellschaft Kernade GmbH (an dieser sind das Land NRW, die Städte Bochum, Witten, Hattingen sowie der Kommunalverband Ruhrgebiet beteiligt).



Die Situation an den Arbeitsorten hat sich in dieser Zeit durch eine geschickte "Durchmischung" ebenfalls stark geändert: fest eingestellte städtische Arbeiter, ABMLer mit einjähriger Befristung, ABMLer mit siebenmonatiger Befristung (Grünflächen-Saisonarbeiter), vereinzelt Sozi-EmpfängerInnen, denen konkret eine Festeinstellung versprochen wurde, die seit 2 Jahren arbeiten und von denen zwei bereit sind, für ihre 2.-DM auch mal mit Überstunden einzuspringen; und Asylanten, die meist abgeschirmt arbeiten, sowie jugendliche Sozi-EmpfängerInnen, die über das NRW-Landesprogramm auf 1 bis 2 Jahre eingestellt sind, und "normale" Sozi-EmpfängerInnen. Laut städtischer Statistik liegt die Verweigerungsquote Ende 84 bei 30%.

### 3. Phase

Anfang 85 wurde, wie gesagt, die Praxis der Stadt Witten durch ein Gerichtsurteil in letzter Instanz für zulässig erklärt. Zum einen war das Anlaß für die Stadt Witten, die Zwangsarbeit weiter auszudehnen, zum anderen war die Hoffnung vieler, besonders von Leuten aus der Scene, durch rechtliche Schritte dem Streß mit der Arbeit entgegen zu können, zerstört.

Für einige von uns stellte sich an diesem Punkt erneut die Frage, wie wir weg von den individuellen Formen der Verweigerung hin zu kollektiven Schritten der Arbeitsverweigerung kommen könnten. Da wir den Zeitpunkt als günstig einschätzten, entschlossen wir uns, im Frühjahr 85 die Arbeit anzunehmen, mit der Vorstellung, langfristig an den Arbeitsorten Widerstand entwickeln zu können.

Plangemäß erhielten auch einige von uns eine Vorladung zur Einteilung zum Arbeitsdienst (ab jetzt heißen "einige von uns" schlicht: Erwin). Erwin sollte sich im Laufe der Woche zur Einteilung melden; da er nicht als übereifrig auffallen wollte, ließ er erst ein paar Tage verstreichen und meldete sich gegen Ende der Woche zur Einteilung. Man teilte Erwin mit, daß leider alle Arbeitsplätze belegt seien, daß er aber bei späteren Arbeitseinsätzen berücksichtigt werde. Sehr schnell haben wir herausgefunden, daß von Anfang an nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden waren, daß das ganze nur ein Trick war, die Leute vorzusortieren, die Arbeitsbereitschaft der Leute zu testen. Viele hatten gar nicht auf den Bescheid reagiert, ihnen wurde die Sozialhilfe gekürzt. Nur vereinzelt konnten wir Leute erreichen und sie warnen.

Das macht auch die Schwierigkeit deutlich, mit der wir es bei der Zwangsarbeit ständig zu tun hatten und haben. Es gibt kei-

nen Punkt, an dem alle zusammenkommen; in den Arbeitskolonnen sind immer höchstens drei deutsche und drei ausländische Zwangsarbeiter zusammen eingesetzt; die Zahl der ZwangsarbeiterInnen bleibt eine imaginäre Größe, die nirgends faßbar ist.

Einen Monat später bekam Erwin endlich einen Arbeitsplatz zugeteilt. Als erstes erklärte der etwas unruhig wirkende Vorarbeiter (inzwischen waren 6 Zwangsarbeiter, darunter 3 TAMILen, mit einer halben Stunde Verspätung erschienen, nur Erwin war pünktlich), daß die 7-Stunden-Regelung in seinem Arbeitsbereich keine Geltung hätte, weil sie nicht zu realisieren wäre, bei ihm arbeiteten alle gleich, und die Zwangsarbeiter bekämen dann einen Tag frei - wie sich später herausstellte, bei schlechtem Wetter, wenn sie eh nicht benötigt wurden. In der anschließenden, heftig geführten Diskussion wurde schnell klar, daß bei dieser Arbeitsstelle nur eine einheitliche Zeitregelung durchführbar war, denn der Vorarbeiter brachte morgens die Arbeiter in kleinen Gruppen zu ihren Arbeitsorten und holte sie dort nach 8 Stunden wieder ab. Hätte er zusätzlich nach 7 Stunden noch rumfahren müssen, um die Zwangsarbeiter einzusammeln, wäre das organisatorisch gar nicht zu bewältigen gewesen. Angesichts dieser Tatsache bestanden die anwesenden





Zwangsarbeiter erst recht auf dem 7-Stundentag. Auf die Verarschung mit dem freien Tag wollte sich keiner einlassen (Erwins Herz lachte, der Vorarbeiter tobte). Da keiner die Arbeit aufnehmen wollte, bevor die Sache nicht geklärt war, und die festen Arbeiter sowieso keine Eile hatten, an die Arbeit gebracht zu werden, blieb dem Vorarbeiter keine andere Wahl. Für die mit uns eingeteilten Festangestellten hieß das konkret Arbeitszeitverkürzung auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Aber da sind wir gleich bei der zweiten Schwierigkeit: teilweise erzielte Erfolge konnten nie stabilisiert werden.

Durch den guten Start ließ sich einer der Zwangsarbeiter dazu hinreißen, einen ganzen Arbeitstag dazubleiben - eigentlich hatte er nur kurz vorbeikommen wollen, um dem Vorarbeiter seine Meinung zu sagen, was er dann kurz vor Schichtende sehr anschaulich getan hat. Er tauchte dann gar nicht mehr auf, der zweite hat sich nach dem zweiten Tag krank gemeldet, und Erwin arbeitete schließlich allein und wurde in eine andere Kolonne versetzt. Am Einsatzort kehrte die alte Ordnung wieder ein, Zwangsarbeiter arbeiteten seitdem wieder 8 Stunden am Tag; Versuche von außen, die Auseinandersetzung um den 7-Stundentag wieder aufzunehmen, scheiterten.

Ein weiteres Problem bestand darin, daß es keine Gruppe von außen gab, die bei Arbeitseinsätzen unterstützend tätig werden konnte. Oftmals bot sich die Gelegenheit, z.B. bei Erwins Einsatz auf dem Schulhof einer Gesamtschule, durch Flugblätter mehr Öffentlichkeit herzustellen: so wunderten sich die meisten Schüler zwar über die kleine Arbeitskolonne auf ihrem Schulhof, die es fertig brachte, sich 5 Stunden auf ihre Geräte zu stützen und den Rest der Zeit mit Pausen zu verbummeln, aber es war unmöglich, sämtliche Fragen der Schüler in deren Pausen zu beantworten.

Insgesamt haben die verschiedenen Arbeitseinsätze im Jahr 1985 gezeigt - sämtliche Erfahrungen und Erfolge von Erwin können wir hier nicht wiedergeben - daß es nicht gelang, kollektive Verweigerungen zu organisieren; die Ablehnung der Arbeit war zwar überall deutlich, aber die Verweigerung blieb individuell. Kontakt am Arbeitsort mit Tamilen wurde verhindert, deshalb haben wir es eher zufällig erfahren, daß 15 Tamilen gemeinsam zum Rathaus gegangen waren und mehr Lohn gefordert hatten. Oder wir haben uns über einen Brandanschlag mit erheblichem Sachschaden gewundert, bei dem der Geräteschuppen eines Einsatzortes abbrannte, wobei der Anschlag aber nicht die Handschrift der Polit-Szene trug.

Trotz aller schlechten Erfahrungen waren wir am Ende der Arbeitssaison zumindest in der Lage, uns einen Gesamtüberblick über die Zwangsarbeit in Witten zu verschaffen und die Zielsetzung unserer weiteren Interventionen umfassender zu diskutieren.

#### 4. Phase

Ende Oktober 85 haben wir uns mit einigen Leuten zusammengesetzt und versucht, unsere Erfahrungen auszuweiten. Damals haben wir uns eigentlich erst als "Initiative weg mit der Zwangsarbeit" organisiert. Erste öffentliche Aktivitäten bestanden ab November im Verteilen von Flugblättern auf dem Sozialamt. Wir wollten die übliche "Winterpause" bei der Durchführung von Zwangsarbeit für eine ausführliche Öffentlichkeits- und Informationsarbeit nutzen. Nach unserer Einschätzung konnten wir nur hier durch eine kontinuierliche Präsenz alle ZwangsarbeiterInnen erreichen und Erfahrungen austauschen. Durch einen öffentlichen Treffpunkt im Wittener Arbeitslosenzentrum wollten wir regelmäßig ansprechbar sein. Die Reaktionen von Seiten der Stadt umfaßten Verbote, unsere Plakate und Flugblätter im Rathaus zu verteilen bzw. aufzuhängen; auf Druck der Stadt wurde uns im Arbeitslosenzentrum Hausverbot erteilt; in einer Pressekampagne versuchte die Stadt, uns unter der Überschrift "Sozialamt möchte mit Märchen von der Zwangsarbeit aufräumen" zu diffamieren. Nachdem wir weiterhin am Sozialamt präsent waren, ha-





ben sie durch einen Bulleneinsatz uns einzuschüchtern versucht, dabei wurden zwei Leute verhaftet.

Je mehr die Stadt zu Repressionen griff, um so stärker wurde das Interesse an unserer Initiative: Arbeitslose aus dem Arbeitslosenzentrum sorgten dafür, daß wir uns dort trotz Hausverbot treffen konnten, indem sie uns die Tür aufschlossen. Jeder mißlungene Versuch der Stadtverwaltung, ein Plakatierverbot durchzusetzen - schließlich können nicht ständig Bullen am Sozialamt anwesend sein - bringt uns mehr Sympathie ein. Zuletzt war die Stimmung am Sozialamt beim Flugblattverteilen so aggressiv, daß sich die Sozialarbeiter nicht mehr wie sonst auf den Flur trauten. Als es doch einer tat und ein Plakat von uns abreißen wollte, mußte er hinterher wochenlang wegen einer Herzattacke krank feiern.

In dieser Zeit haben wir auch verstärkt Kontakt mit Leuten aus Wittener Betrieben aufgenommen, da wir mitbekamen, wie in letzter Zeit zunehmend befristet eingestellt wurde, z.B. bei Siemens (Kommunikationstechnologie), Kroschu (Kabelbäume für die Automobilindustrie), Wickmann (Sicherungen) und viele Frauen unter 25, die vorher beim Sozialamt waren, jetzt dort arbeiten (ein Drittel der bei Siemens Witten arbeitenden Frauen ist für 6 Monate befristet eingestellt). Nach 6 Monaten, wenn sie in der Hoffnung, übernommen zu werden, als Akkordtreiberinnen abgenutzt sind, fliegen sie wieder raus, kriegen wieder Kohle vom Sozialamt, landen nach einiger Zeit bei Kroschu usw. Wir haben versucht, mit Arbeiterinnen aus diesen Betrieben Erfahrungen auszutauschen und über eine gemeinsame Praxis zu diskutieren. Als Teil dieser Diskussion ist eine gemeinsame Zeitung "Außer Betrieb" entstanden, die bis jetzt allerdings inhaltlich noch nicht ganz unseren Vorstellungen entspricht.

Ein weiteres Feld in dieser Zeit war der Kampf der Bewohner einer kleinen Siedlung, die als Schandfleck wegsaniert werden soll. Diese Siedlung wurde bezeichnenderweise im Zweiten Weltkrieg als Zwangsarbeiterlager für Kriegsgefangene gebaut, nach dem Krieg von Obdachlosen in Besitz genommen und Anfang der 50er Jahre von einem "Abbild des bösen Kapitalisten" aufgekauft, der nicht nur seine Mieter ausquetscht, sondern sie auch noch als Billiglohnarbeitskräfte in seiner benachbarten Kohlehandlung zum Kohleschleppen einsetzt. Viele der BewohnerInnen haben wir auf dem Sozialamt wieder getroffen. Wir haben gemeinsame Versammlungen abgehalten und mit ihnen diskutiert; inzwischen befinden sich die meisten seit 8 Monaten im Mietstreik.

Mitte Mai veranstaltete der DGB eine Podiumsdiskussion zum Thema Zwangsarbeit. Während die DGB-Vertreterin deutlich unsere Forderung nach unmittelbarer, ersatzloser Streichung der Sozi-Zwangsarbeit unterstützte, versuchte der SPD-Sprecher (=Vorsitzender des Sozialausschuß), sich zunächst mit Allgemeinplätzen aus der Affäre zu ziehen ("schon immer gegen Zwangsarbeit gewesen..."), war nach einer Stunde jedoch enorm unter Druck und sagte schließlich zu, auf der nächsten Sozialausschußsitzung einen Antrag der Grünen auf Abschaffung der Zwangsarbeit zu unterstützen.

In dieser Situation haben wir in einem Flugblatt, das wir an allen Arbeitsorten, am Sozialamt und in einer Übersetzung gezielt an die tamilischen Zwangsarbeiter verteilt haben, dazu aufgerufen, den Druck auf die Stadt zu verstärken und nicht auf die Ankündigungen und Versprechen zu vertrauen.

Wir hatten in der Initiative seit längerer Zeit über die Möglichkeit eines Streiks (Blockade eines zentralen Einsatzortes) diskutiert. Angesichts des Verlaufs einer DGB-Diskussion schien uns als günstiger Zeitpunkt für eine solche Aktion die Anfang Juni angesetzte Sozialausschußsitzung. In den beiden Wochen vor diesem Termin verstärkten wir daraufhin unsere Aktivitäten. In vielen Gesprächen mit Zwangsarbeitern an ihrem Einsatzort versuchten wir ihre Einstellung zur Arbeit und Bereitschaft zum aktiven Streik bzw. einer Unterstützung rauszukriegen. Dabei wurde deutlich, daß ein Teil durchaus bereit war, einen Streik zu unterstützen. Zu einem Treffen, bei dem noch einmal zusammen über den Streik und ein gemeinsames Vorgehen diskutiert wurde, kamen allerdings nur wenige (WM - Mexiko ???). Parallel dazu mobilisierten wir mit einem Flugblatt in tamilischer Sprache die Zwangsarbeiter aus Sri



Lanka zu einem Treffen. Hier wurde ihre Bereitschaft deutlich, unsere Aktionen mit zu unterstützen, gleichzeitig machten sie klar, daß sie aufgrund ihrer ökonomischen Situation (fehlende Möglichkeiten, anders z.B. durch Schwarzarbeit, an Kohle zu kommen) auch bei einem "freiwilligen" Arbeitseinsatz weiterhin für 2.-DM die Stunde arbeiten würden. Ihre Forderungen gehen in Richtung mehr Kohle vom Sozialamt zu fordern (vor allem während der Wintermonate ohne Arbeit).

Nach der Diskussion mit den Tamilen und vor allem nach dem Treffen mit den deutschen Zwangsarbeitern wurde deutlich, daß ein Streik zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend verankert war. Wir entschlossen uns, uns zunächst auf die Ausschußsitzung zu konzentrieren.

Unsere Einschätzung vor der Sitzung war folgende: aufgrund des Drucks durch die DGB-Veranstaltung bringt die SPD einen Antrag, der die Abschaffung des direkten Arbeitszwangs beinhaltet, gleichzeitig aber "besser bezahlte" Arbeit anbietet. Mit welcher Praxis (Dortmunder Modell, Kölner Modell ?) und in welchem Umfang konnten wir nicht absehen. Diese Einschätzung wurde am Abend vorher durch Informationen der Grünen bestätigt. Wir beschlossen daraufhin, für die Sitzung nicht groß zu mobilisieren, um dort zu "intervenieren", sondern gingen nur mit ein paar Leuten hin, um zu sehen, was abläuft.

Auf der Sitzung präsentierte die SPD dann einen Antrag, in dem von Abschaffung der Zwangsarbeit keine Rede war. An den Kreis, als Träger der Sozialhilfe, wird appelliert, für die Arbeit ein angemessenes Entgelt zu zahlen.

In der Sitzung (nachdem der SPD-Antrag raus war) reagierten wir sofort durch Zwischenrufe und machten deutlich, daß sich an der bestehenden Praxis überhaupt nichts ändert, daß der Antrag nur Propaganda für die SPD ist und konfrontierten den Vorsit-

zenden mit seinen Äußerungen bei der DGB-Diskussion. Als er infolge der Tumulte und Angriffe auf seine Person nicht mehr in der Lage war, die Sitzung durchzuführen, unterbrach er und forderte einen aus unserer Gruppe auf, den Saal zu verlassen. Dieser weigerte sich, wir rückten enger zusammen und auch die zur Hilfe gerufenen Bullen konnten den "Störer" nicht rausgreifen. Daraufhin besorgte sich der Vorsitzende eine Hundertschaft aus Bochum. In der Zwischenzeit hatten wir unsere Taktik geändert, den "Störer" verkleidet und ihm für diesen Nachmittag frei gegeben. Nach 2 1/2-stündiger Unterbrechung ging die Sitzung weiter, ohne große Diskussion wurde der SPD-Antrag abgesehenet.

### Zur Einschätzung der jetzigen Situation

Wir denken, der SPD-Antrag war die schnelle, überhastete Antwort auf die Ankündigung der Grünen, einen Antrag auf Abschaffung zu stellen. Aus der Antragsbegründung wird ersichtlich, daß die SPD weiter an der Zwangsarbeit festhalten wird und sie in der nächsten Zeit noch ausbauen will (ganz im Sinne ihres Programms: "Arbeit für alle"). An der Praxis hier wird sich in den nächsten Monaten erstmal nichts ändern, der Antrag ist nichts anderes als ein "Tendenzbeschuß", der z.B. völlig offen läßt, was "übliches Arbeitsentgelt" ist. Wir gehen davon aus, daß die Strategen der Stadtverwaltung sich nun überlegen werden, wie sie hier die Modelle à la Köln/Dortmund aufziehen können. Was solche Modelle für die zahlreichen tamilischen Zwangsarbeiter bedeuten, ist zunächst auch unklar.



**Weg mit der  
Zwangsarbeit**

